



## Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

---

### Ohne Auschwitz kein Staat Israel

Stellungnahme des ZK 18. August 2001

Leider verhält es sich so: Ein besonderer Anlaß, der uns zwingt, darüber nachzudenken, worauf unsere Solidarität mit dem jüdischen und dem palästinensischen Volk sich gründet, ist nicht notwendig. Denn der deutsche Imperialismus selbst ist der fortdauernde Anlaß:

Am 29. November 1947 entschied die Generalversammlung der UNO, Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat zu teilen. Damit schloß sich die Mehrheit der UNO, - derjenigen Organisation also, deren Hauptzweck es war, eine neuerliche Gefährdung des Weltfriedens durch den deutschen Imperialismus zu verhindern- einem Standpunkt an, den Andrej Gromyko für die UdSSR so formulierte:

»Der Umstand, daß kein abendländisches Land in der Lage gewesen ist, die Grundrechte des jüdischen Volkes zu verteidigen und es gegen die von den faschistischen Henkern ausgelöste Gewalttätigkeit zu beschützen, erklärt den Wunsch der Juden, einen eigenen Staat zu gründen. Es wäre ungerecht, diese Tatsache nicht zu berücksichtigen und dem jüdischen Volk das Recht zu verweigern, seine Wünsche zu verwirklichen.«

Ohne Auschwitz kein Staat Israel, auf diese bittere Wahrheit reduziert sich die Antwort auf die Frage, warum der Staat Israel gegründet wurde, warum er fortbestehen muß, so lange bis seine Menschen die Zeit für gekommen halten, gemeinsam und zusammen mit dem palästinensischen Volk zu leben und zu arbeiten. Ohne Auschwitz kein Staat Israel, auf diese bittere Wahrheit reduziert sich die Antwort auf die Frage, warum in unserem Land die Antifaschisten den UNO-Beschluß von 1947 und die Existenz des Staates Israels kompromißlos verteidigen müssen. Daß unser Volk Auschwitz nicht verhindern konnte, das gehört bis auf den heutigen Tag zu den Wurzeln des Konflikts zwischen dem jüdischen und palästinensischen Volk. Daß unsere Bevölkerung auch nach dem 8. Mai 1945 Politiker wie Herrn Strauß nicht einfach in die Wüste geschickt hat, - die öffentlich sagten, ein Volk, daß solche wirtschaftliche Leistungen vollbracht habe wie das deutsche, habe auch das Recht an Auschwitz nicht mehr erinnert zu werden, - daß wir mit solchen Herren nie fertig geworden sind, das hat unsere Schuld noch vergrößert. Wiederum ein Stück größer wurde unsere Schuld dann, als wir die friedliche Annexion der DDR zugelassen haben: jetzt ist es wieder normal geworden, daß Synagogen in diesem Land brennen und Menschen wegen ihres Glaubens oder ihrer Hautfarbe verfolgt, geschlagen und verbrannt werden. Und daß es heute schließlich dahin gekommen ist, daß ein Herr Fischer nach Israel und Palästina reist und sich dort zum Schiedsrichter aufspielt, macht unsere ganze nie bewältigte Vergangenheit zu einer brennenden Gefahr für die Gegenwart, hier wie im Nahen Osten. Nie und nimmer kann es unser Recht oder unsere Aufgabe sein, dem jüdischen oder dem palästinensischen Volk Ratschläge zu geben, wie sie einen Konflikt lösen sollen, der auf unsere Schwäche zurückgeht und sich verschärft mit unserer Schwäche. Es mag ja sonntäglichere Arten der Solidarität geben, solche die weniger vom Schmutz unserer unbewältigten Vergangenheit starren. So lange unsere Herren ungestraft und ungehemmt ihre stets und stur gleichbleibenden Ziele verfolgen können, so lange wir ihnen nicht den Weg verbauen, so lange liegt unsere Aufgabe gerade darin: endlich die Lehren aus unserer Geschichte zu ziehen und stärker zu werden als die Baumeister von Auschwitz. Nur so und nur dann sind wir solidarisch mit dem palästinensischen und zugleich mit dem jüdischen Volk.

---

Home